



VERBAND FÜR SCHIFFBAU UND MEERESTECHNIK E.V.



Verein für europäische
Binnenschifffahrt und
Wasserstraßen e.V.

Herrn
Mathias Stein, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Bernd Reuther, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Lukas Benner, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Herrn
Henning Rehbaum, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 25. April 2024

Sehr geehrte Sprecher der Parlamentarischen Gruppe Binnenschifffahrt im Deutschen Bundestag,
dem Vernehmen nach plant das BMDV über die nächsten Jahre eine dramatische Kürzung der Binnenschiffsförderung.

Die Förderung der nachhaltigen Modernisierung von Binnenschiffen war das Kernstück des Masterplans Binnenschifffahrt. Die geplanten Kürzungen stellt unserer Ansicht nach praktisch die Aufkündigung des Masterplans dar. Wir bitten Sie, sich im Haushaltsverfahren gegen diese drastischen Kürzungen über die nächsten Jahre einzusetzen. Die in diesem Jahr neu aufgestellte Binnenschiffsförderung ist vorbildhaft in Europa und hilft der Branche sich den Herausforderungen: Stärkung im Wettbewerb der Verkehrsträger, Anpassung an den Klimawandel und Bewältigung der Transformation zu stellen. Ab dem 01.01.2026 wird die EU auch wieder die Förderung von alternativen Antrieben mit alternativen Kraftstoffen zulassen, deren CO2 Bilanz einem Life-Cycle-Assessment unterliegt. Hierdurch wird ein Instrument wieder hergestellt, dass es insbesondere der Bestandsflotte im Bereich der Frachtschifffahrt ermöglicht, starke Emissionsreduktionen zu erreichen. Ohne Förderung wird allerdings auch dieses Instrument kaum genutzt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint uns die Abschmelzung der Fördermittel mehr als widersinnig.

Insgesamt würde ein Auslaufen des Förderprogramms die in Bezug auf die Schifffahrt gesetzten Emissionsreduktions- und Transformationsziele massiv gefährden und den Markthochlauf neuer Technologien

gravierend zurückwerfen. Gleichzeitig ist ein weiterer Abbau von Kapazitäten im deutschen Schiffbau zu befürchten. Aktuell kompensieren Teilbereiche des deutschen Schiffbaus, gerade im Binnenschiffbau den derzeitigen Mangel an Neubaufträgen durch geförderte Umbauten. Diese Betriebe sind auf verlässliche Fördermittelbereitstellungen angewiesen und können ihre Portfolios nicht kurzfristig umstellen.

Die niederländische Regierung hat inzwischen beschlossen, dass ab 2027 auch die Küsten- und Binnenschiffahrt in den ETS einbezogen werden sollen und sie werden mit Sicherheit auch hierzu EU-Initiativen starten. Gleichzeitig planen die Niederlande für die nächsten Jahre 240 Mio. Euro für die Transformation ihrer Flotte bereitzustellen. Ein Wettbewerbsnachteil für deutsche Binnenschiffsunternehmen in Europa droht zu entstehen. Auch deshalb ist es das falsche politische Signal jetzt zu beschließen, die Modernisierungsbeihilfen für die deutsche Binnenschiffahrt massiv zu reduzieren.

Mit freundlichen Grüßen



Ragnar Schwefel
Leiter Büro Berlin



Marcel Lohbeck
Geschäftsführer